

Hauptantrag

Antrag an die...

Initiator_nnen: UNOS Erweiterter Vorstand (beschlossen am: 26.09.2025)

Titel: **Leitantrag an die UNOS-Generalversammlung
am 04.10.2025**

Antragstext

1. Österreich am Wendepunkt: Handlungsbedarf für Wirtschaft und Wohlstand

Österreich steht an einem Wendepunkt: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschärft: Zwei Rezessionsjahre in Folge, steigende Lohnstückkosten, wachsende Abgaben und hohe Bürokratie belasten Unternehmen ebenso wie Arbeitskräfte. Internationale Vergleiche zeigen, dass wir im EU-Ranking zurückfallen, während andere Länder dynamisch aufholen und ihre Wettbewerbsposition ausbauen.

Mit diesem Leitantrag zeigen wir, welche konkreten Hebel jetzt bewegt werden müssen, damit Österreich wieder zu den führenden Wirtschaftsstandorten Europas zählt. Unser Ziel ist ein starkes und produktives Österreich, das Wohlstand und Chancen für alle schafft – vom Friseursalon über die Marketingagentur bis zum Familienbetrieb und Industrieunternehmen.

2. Aktuelle Herausforderungen: Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich

Die letzten Jahre haben die wirtschaftliche Dynamik unseres Landes gebremst. Inflation, hohe Energiepreise und eine komplexe Steuer- und Abgabenstruktur setzen Unternehmen unter Druck. Internationale Vergleichsstudien belegen:

20 Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität und droht, den
21 Anschluss an führende Wirtschaftsstandorte zu verpassen.

22 Der WIFO-Konjunkturtest zeigt ein anhaltend pessimistisches Geschäftsklima: Der
23 Saldo aus positiven und negativen Lageeinschätzungen liegt unter der Null-Linie.
24 Diese Unsicherheit hemmt Investitionen und Wachstum.

25 Im internationalen Standortvergleich setzt sich dieser Trend fort: Im IMD-
26 Ranking fiel Österreich von Platz 19 im Jahr 2021 auf Rang 26 im Jahr 2025
27 zurück. Zehn andere EU-Länder und die Schweiz liegen deutlich vor uns.
28 Schwachpunkte zeigen sich besonders in der Effizienz der Verwaltung und
29 der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, also darin, wie gut Gesetze umgesetzt
30 werden, wie produktiv Unternehmen arbeiten und wie stark das Wirtschaftswachstum
31 ist. Die Infrastruktur schneidet mit Rang 14 dagegen vergleichsweise solide ab.

32 Diese Entwicklungen zeigen deutlich: Österreich ist nach wie vor lebenswert und
33 wohlhabend, doch die strukturelle Leistungsfähigkeit des Standorts nimmt ab.
34 Gleichzeitig bestehen große Chancen: Wir verfügen über gut ausgebildete
35 Fachkräfte, eine solide Infrastruktur und eine lange Tradition von Innovation
36 und Unternehmertum. Wenn wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen, können
37 wir diese Stärken ausbauen und einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung einleiten
38 – zum Vorteil aller, die hier arbeiten, unternehmen und leben.

39 **3. Unsere Vision für 2030: Österreich wird Top** 40 **10 Standort**

41 Wir wollen ein Österreich, das in Europa wieder zur wirtschaftlichen Spitze
42 gehört – ein Land, in dem sich Unternehmertum lohnt, Investitionen attraktiv
43 sind und Innovationen nicht ausgebremst, sondern gezielt gefördert werden. Unser
44 Anspruch ist klar: Österreich soll bis 2030 zu den zehn wettbewerbsfähigsten
45 Volkswirtschaften Europas zählen.

46 Diese Vision bedeutet konkret: Wir wollen Lohnstückkosten und Bürokratiekosten
47 wieder auf das Niveau der EU-27 zurückführen, Energiepreise wettbewerbsfähig
48 gestalten und die strukturelle Effizienz der Verwaltung deutlich verbessern.
49 Gleichzeitig soll Österreich resilient, innovativ und international
50 wettbewerbsfähig sein, damit Unternehmen stärker investieren, wachsen und
51 Arbeitsplätze sichern können.

52 Die vorgeschlagenen Maßnahmen schaffen klare Rahmenbedingungen, erleichtern
53 Investitionen, stärken die Eigenkapitalbasis und erhöhen die wirtschaftliche
54 Handlungsspielräume der Unternehmen. Der Leitantrag liefert einen klaren
55 Fahrplan, der Politik und Wirtschaft auf einen gemeinsamen Kurs bringt, um den
56 Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig zu stärken.

57 **4. Wege zum wirtschaftlichen Erfolg – unsere** 58 **Maßnahmen**

59 4.1 Faktor Arbeit steuerlich entlasten

60 Die Steuer- und Abgabenlast auf den Faktor Arbeit ist international hoch – und
61 in Österreich deutlich zu hoch. Die Lohnstückkosten steigen seit Jahren, während
62 die Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig sinkt. Eine Entlastung des Faktors Arbeit
63 ist daher dringend notwendig und eine der obersten Prioritäten für ein starkes
64 Wirtschaftswachstum.

65 • **Lohnnebenkosten senken:** Die hohen Gesamtarbeits- und steigenden
66 Lohnstückkosten zählen zu den größten Belastungen österreichischer
67 Unternehmen. Hauptursache dafür sind die von den Betrieben zu tragenden
68 Lohnnebenkosten. Im Vergleich von 22 EU- und OECD-Ländern lagen diese
69 2024 durchschnittlich bei 17,2 % der Gesamtarbeitskosten für eine:n
70 Erwerbstätige:n, in Österreich jedoch 21,6 %. Während die Nettolohnquote
71 in der Vergleichsgruppe 57,9 % betrug, lag sie hierzulande nur bei 53,0 %.
72 Der Unterschied erklärt sich fast ausschließlich durch die hohen
73 Lohnnebenkosten. Wir fordern daher:

74 ◦ Umgehende und ersatzlose Streichung des Dienstgeberbeitrags (DB) zum
75 Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) in Höhe von 3,7 %

76 ◦ Abschaffung der Kommunalsteuer in Höhe von 3 % innerhalb der
77 nächsten 3 Jahre

78 ◦ Komplette Abschaffung der Kammerumlage 2 („DZ“) in der Höhe von rund
79 0,31 bis 0,40 % (länderweise unterschiedlich)

80 • **Keine Lohnnebenkosten für geschäftsführende Gesellschafter:** Derzeit werden
81 für die Bezüge von wesentlich beteiligten Gesellschaftern (in der Regel ab
82 50 % Beteiligung) Lohnnebenkosten fällig, obwohl es sich um eine
83 selbständige Tätigkeit handelt. Das ist widersprüchlich und belastet
84 Betroffene mit rund 7 % ihres Bruttoeinkommens. Wir fordern daher die
85 sofortige und ersatzlose Streichung dieser Regelung.

86 • **Zuschläge für Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit**
87 **vollständig steuer- und abgabenfrei stellen:** Aktuell gelten für diese
88 Zuschläge komplizierte Freibetrags- und Kontingentregelungen, die
89 Unternehmen unnötig belasten. Wir fordern deren vollständige Steuer- und
90 Abgabenfreiheit, um Leistung fair zu belohnen, Bürokratie abzubauen und
91 Betriebe von administrativer Komplexität zu entlasten. Die künftige
92 Regelung soll klar und einheitlich ausgestaltet sein:

93 ◦ Keine Lohnsteuer auf alle genannten Zuschläge

94 ◦ Kein Sozialversicherungsbeitrag auf Dienstnehmerseite

95
96

- Kein Sozialversicherungsbeitrag auf Dienstgeberseite sowie keinerlei sonstige Lohnnebenkosten (DB, DZ, Kommunalsteuer)

- Diese Steuer- und Abgabenbefreiung soll unabhängig davon gelten, ob die Überstunden in Freizeit oder in Geld abgegolten werden.

- **Dauerhafte Mitarbeitendenprämie von EUR 3.000:** Die aktuell befristete Regelung über eine steuerfreie Mitarbeitendenprämie ist auszuweiten. Wir fordern eine dauerhafte, steuer- und abgabenfreie Prämie pro Mitarbeitenden in der Höhe von EUR 3.000, analog zu der vorübergehend eingeführten Teuerungsprämie 2022 und 2023. Das schafft Planungssicherheit für Unternehmen und ist ein wirksames Instrument, um Leistung zu honorieren und Fachkräfte zu binden.

- **Flat-Tax für Arbeit in der Pension:** Unternehmer:innen, die auch nach Antritt ihrer Pension weiter gewerblich tätig sind, leisten einen wertvollen Beitrag für Wirtschaft und Beschäftigung. Ihr Erwerbseinkommen soll daher – analog zur geplanten Regelung für Arbeitnehmer:innen im Regierungsprogramm - mit 25 % endbesteuert werden. Damit wird Weiterarbeiten nach der Pension attraktiver.

- **One-Stop-Payment für lohnbezogene Abgaben:** Derzeit müssen Unternehmen für lohnbezogene Abgaben bis zu sechs Überweisungen leisten – ein unnötiger bürokratischer Aufwand, der Zeit und Ressourcen bindet. Wir fordern ein zentrales Abgabenkonto, auf dem alle Steuern und Abgaben zusammengeführt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Unternehmen die Buchhaltung für die staatliche Verwaltung übernehmen müssen.

4.2 Arbeitsvolumen und -effizienz in den Unternehmen steigern

Um Österreich als starken Wirtschaftsstandort zu sichern und weiter auszubauen, müssen wir die Produktivität und das Arbeitsvolumen nachhaltig steigern. Unser Ziel ist es, die Beschäftigung zu erhöhen und das jährliche Arbeitsvolumen je Beschäftigtem von derzeit 1.432 Stunden auf das Schweizer Niveau von 1.532 Stunden anzuheben. Nur so können wir international wettbewerbsfähig bleiben und Wachstumspotenziale ausschöpfen.

- **Feiertage reduzieren:** Mit derzeit 13 gesetzlichen, bundesweiten Feiertagen liegt Österreich nach Malta (14) an der EU-Spitze. Dänemark und die Niederlande zum Beispiel kommen mit 9 Feiertagen aus. Das bedeutet für heimische Betriebe jährlich erhebliche Produktivitätsverluste. Wir fordern

131 daher:

132 ◦ Reduzierung der Zahl der gesetzlichen Feiertage auf den EU-
133 Durchschnitt

134 ◦ Abschaffung zusätzlicher Landesfeiertage, die nur bestimmten
135 Berufsgruppen wie Landesbediensteten dienstfrei gewährt werden, wie
136 der Leopoldi-Tag in Niederösterreich (15.11.) oder der Josefi-Tag
137 (19.03.) in mehreren Bundesländern.

138 • **Entgelt im Krankenstand fair gestalten:** In Österreich trägt der
139 Arbeitgeber ab dem ersten Krankenstandstag zunächst die vollen Kosten
140 eines Krankenstandes. Das belastet insbesondere klein- und
141 mittelständische Betriebe. Wir fordern daher:

142 ◦ Einführung eines „Karenztages“: Am ersten Tag eines Krankenstandes
143 erfolgt keine Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber, alternativ
144 übernimmt die Krankenversicherung. Vergleichbare Modelle mit bis zu
145 drei Karenztagen (“waiting days”) gibt es in der Schweiz und in den
146 Niederlanden.

147 ◦ Antragslose Refundierung ab dem 11. Krankenstandstag: Für
148 Unternehmen bis 50 Mitarbeitende sollen die vollen Personalkosten
149 durch die Krankenkasse innerhalb von 4 Wochen rückerstattet werden.

150 **4.3 Arbeitskraft mobilisieren und den Zugang zum** 151 **Arbeitsmarkt fördern**

152 Der Arbeitskräftemangel zählt zu den größten Wachstumsbremsen Österreichs. Laut
153 einer Befragung von über 5.000 Unternehmen im Auftrag der Wirtschaftskammer sind
154 82 % direkt davon betroffen. Damit gehen erhebliche Wertschöpfungs- und
155 Wachstumspotenziale verloren. Ziel ist es, mehr Menschen in Beschäftigung zu
156 bringen, vorhandene Potenziale zu mobilisieren und Hürden beim Zugang zum
157 Arbeitsmarkt abzubauen.

158

159 • **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr:** Österreich liegt
160 bei der Kinderbetreuung deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Während EU-
161 weit 37,5 % aller Kinder unter 3 Jahren eine formale
162 Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, sind es hierzulande nur 24,1 %. Beim
163 EU-Spitzenreiter Niederlande sind 73,3 % (alle Werte 2023). Wir fordern
164 daher den sofortigen, flächendeckenden und qualitätvollen Ausbau der
165 Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr, der durch einen Rechtsanspruch
166 abgesichert wird.

- 167 • **Volle steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und Kosten der**
 168 **Haushaltsführung:** Kinderbetreuungskosten sowie Kosten für Unterstützung im
 169 Haushalt sollen voll steuerlich absetzbar sein. Das erleichtert die
 170 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer und bringt einen
 171 positiven Nebeneffekt: Viele bisher inoffiziell Beschäftigte würden in
 172 reguläre Beschäftigungsverhältnisse übergeführt werden. Diese Maßnahme
 173 hätte somit einen hohen Selbstfinanzierungsgrad.

- 174 • **Arbeitslosenversicherung mit stärkerem Mobilisierungsanreiz:**
 - 175 ◦ Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes statt des bisherigen
 176 Pauschalmodells (rund 55% des letzten Nettobezugs über die gesamte
 177 Dauer der Arbeitslosigkeit). Beispiel in Belgien: In den ersten 3
 178 Monaten liegt dieses bei 65 %, danach sinkt es in mehreren Stufen
 179 bis auf 40 %.

 - 180 ◦ Förderung regionaler Mobilität: Offene Stellen sind ungleich
 181 verteilt (z.B. Oberösterreich: 2,6%, Wien 1,7%). Wir fordern einen
 182 AMS-Mobilitätsbonus für Menschen, die einen Job annehmen, der 200 km
 183 oder mehr von ihrem Hauptwohnsitz entfernt ist. Weiters fordern wir
 184 die verstärkte steuerliche Begünstigung von Dienstwohnungen.

- 185 • **Rot-Weiß-Rot-Karte ausbauen und Verfahren beschleunigen:** Die RWR-Karte hat
 186 viel Erfolgspotenzial, um einen Beitrag zur Behebung des
 187 Arbeitskräftemangels in Österreich zu leisten. Die
 188 Beschäftigungsmöglichkeiten sind weiter auszubauen, Verfahren zu
 189 vereinfachen und zu beschleunigen:
 - 190 ◦ Die RWR-Karte soll auch für Unternehmen anwendbar sein, die
 191 Arbeitskräfte aus Drittstaaten anderen Unternehmen überlassen.

 - 192 ◦ Öffnung für volljährige Lehrlinge.

 - 193 ◦ Genehmigte Anträge sollten auch auf andere Personen mit gleicher
 194 Qualifikation übertragen werden können.

 - 195 ◦ Der Sprachnachweis ist abzuschaffen (wie z.B. in Dänemark).

 - 196 ◦ Übernahme der deutschen Westbalkanregelung für vereinfachte
 197 Beschäftigung von Menschen aus Albanien, Bosnien, Kosovo,
 198 Montenegro, Nordmazedonien, Serbien.

 - 199 ◦ Abwicklung des gesamten Verfahrens über ein E-AMS-Konto

- **Senioritätsprinzip in Kollektivverträgen reformieren:** In vielen Kollektivverträgen steigen die Mindesteinkommen stark mit dem Dienstalter. Beispiel Handelskollektivvertrag: In einer mittleren Qualifikationsstufe (E) beträgt das monatliche Mindest-Bruttogehalt für Berufseinsteiger:innen EUR 2.471, ab dem 13. Berufsjahr liegt es bei EUR 3.351,00, also um 36 % höher. Diese verpflichtende, einzelvertraglich nicht zu ändernde Bestimmung belastet Unternehmen und erschwert die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmer:innen. Lösung: Altersbedingte Steigerungen reduzieren und die Gehaltskurven abflachen.

4.4 Energiekosten senken

Steigende Energiekosten zählen zu den größten Kostentreibern österreichischer Betriebe, treiben die Inflation an und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Um dem Kostendruck effektiv zu begegnen und ein stabiles marktwirtschaftliches Umfeld zu schaffen, braucht es strukturelle Reformen:

- **Privatisierung von Energieversorgungsunternehmen (EVUs) und Nutzung der Erlöse für den Netzausbau:** Der Ausbau der Energie- und insbesondere der Stromnetze ist essenziell für die Energiewende und die Wettbewerbsfähigkeit. Anstatt Kunden zu belasten oder Sondersteuern einzuführen, sollten EVUs zumindest teilweise privatisiert und der Erlös für den Netzausbau genutzt werden. Gleichzeitig braucht es mehr Wettbewerb: Neben Privatisierungen ist auch die Auflösung wechselseitiger Beteiligungen erforderlich, um Marktöffnung, Investitionen und Innovation zu fördern. Dies wurde auch in einer Analyse der Bundeswettbewerbsbehörde festgestellt. Beispiele wie das Vereinigte Königreich zeigen, dass Privatisierungen den Markt geöffnet und Investitionen in die Infrastruktur erleichtert haben.

4.5 Bürokratie abbauen

Überbordende Bürokratie ist zu einem der größten Standortnachteile Österreichs geworden. Lange Verfahren, doppelte Berichtspflichten und uneinheitliche Verwaltungspraxis rauben Unternehmen wertvolle Zeit und hemmen ihre Innovationskraft. Besonders betroffen sind Klein- und Mittelbetriebe: Laut einer Studie der WKÖ verlieren sie wöchentlich durchschnittlich 19,3 Stunden – fast 2,5 Arbeitstage – durch bürokratischen Aufwand. Ziel ist es, mit folgenden Maßnahmen die Betriebe spürbar zu entlasten:

- **Betriebsanlagenrecht flexibilisieren und beschleunigen:** Eine deutliche Ausweitung der Genehmigungsfreistellungsverordnung, um Verfahren zu beschleunigen und Betriebsanlagengenehmigungen zu vereinfachen. Zum Beispiel könnten Fitness-Center in den Freistellungs-Katalog aufgenommen werden.

- **Bestandsschutz bei bestehenden Anlagen stärken:** Der derzeitige Vorrang von Anrainerrechten führt dazu, dass Betriebe nachträglich teure Umbauten durchführen müssen – auch wenn die Anlage davor jahrelang unbeanstandet bestand. Zwar gibt es für zugezogene Nachbarn mit § 79 Abs 2 GewO eine eigene Regelung mit erhöhten Hemmschwellen (Gefährdung von Leben und Gesundheit oder beträchtliche Belastung). Doch diese Regelung ist zu unbestimmt und wird von Behörden oft zu extensiv ausgelegt. Wir fordern daher die Evaluierung dieses Tatbestandes und gegebenenfalls eine Neuregelung, die den Bestandsschutz bestehender Anlagen eindeutig sicherstellt.

- **Doppelte Berichtspflichten reduzieren:** Viele Betriebe müssen trotz vorhandener digitaler Systeme weiterhin analoge Aufzeichnungen führen – von Wasserwertmessungen im Hallenbad bis zu händischen Gästemeldungen. Wir fordern die vollständige Anerkennung digitaler Dokumentationen, den Abbau überholter Berichtspflichten und rufen die Bundesregierung auf, sich dafür auch auf europäischer Ebene einzusetzen. Weiters fordern wir die Verwirklichung des „Once-Only-Prinzips“, so dass Meldungen an öffentliche Stellen nur einmal vorgenommen werden müssen und eine Weiterleitung der betroffenen Informationen innerhalb der öffentlichen Verwaltung erfolgt.

- **Einheitliche Vollziehung von Bundesrecht sicherstellen:** Die Vollziehung von Bundesgesetzen erfolgt vielfach in mittelbarer Bundesverwaltung durch Landesbehörden. Dabei kommt es z. B. im Gewerberecht, beim Berufszugang oder im Betriebsanlagenrecht zu erheblichen Unterschieden in der Verwaltungspraxis. Der Bund kommt seiner Koordinierungsaufgabe bislang nicht ausreichend nach, wie auch der Rechnungshof bereits kritisiert hat. Wir fordern eine einheitliche Vollziehung durch klarstellende Richtlinien und Erlässe, aber auch eine zentrale Datenerhebung und Auswertung auf Bundesebene.

4.6 Freien Handel fördern – innen und außen

Überregulierung im Inland und Zurückhaltung bei internationalen Abkommen schwächen unseren Wirtschaftsstandort. Während Nachbarländer mit liberaleren Ladenöffnungszeiten und einer größeren Offenheit im Außenhandel zusätzliche Marktchancen nutzen, verliert Österreich Kaufkraft und Wettbewerbsfähigkeit. Um Betrieben mehr Freiheit zu geben und gleichzeitig neue Wachstumsimpulse zu setzen, braucht es entschlossene Schritte.

Mit den folgenden Maßnahmen kann dies erreicht werden:

- **Freigabe der Ladenöffnungszeiten:** Aktuell gibt es ein kompliziertes Regelungsgeflecht mit einem bundesweiten Öffnungszeitengesetz und zusätzlichen Öffnungszeitenverordnungen je Bundesland, die zum Beispiel lange Gemeindelisten mit unterschiedlichen Detailregeln vorsehen. Warum so

280 kompliziert? In Ländern wie Tschechien, Ungarn, Polen, Schweden und
 281 Finnland gibt es keine vergleichbaren gesetzlichen Regelungen. Wir fordern
 282 daher die ersatzlose Streichung aller Öffnungszeiten-Regeln. Jede:r
 283 Unternehmer:in soll selbst entscheiden, wann und wie lange er/sie
 284 aufsperrt. Dies bringt folgende Vorteile mit sich:

- 285 ◦ Mehrgeschäft mit Tourist:innen, insbesondere an Sonntagen
- 286 ◦ Vermeidung von Kaufkraftabfluss, vor allem in Grenzgebieten
 287 (Tschechien, Ungarn)
- 288 ◦ Rückgewinnung von Marktanteilen von globalen Online-Plattformen

289 • **Klares Bekenntnis für den internationalen Freihandel:** In der jüngeren
 290 Vergangenheit zählte Österreich bei neuen Freihandelsabkommen eher zu den
 291 Bremsern in der EU. Andere Länder wie Deutschland oder Spanien sind hier
 292 deutlich aufgeschlossener. Gerade in der aktuellen Lage braucht es neue
 293 Impulse, um nach innen Optimismus und nach außen Stärke zu signalisieren.
 294 Wir fordern daher, dass sich die österreichische Bundesregierung, die
 295 Sozialpartner und alle anderen relevanten politischen Kräfte klar positiv
 296 zum EU-Mercosur-Abkommen sowie zu weiteren möglichen Abkommen mit z. B.
 297 Mexiko, Indien oder Indonesien positionieren und den Abschluss bzw. die
 298 Verhandlung dieser Abkommen mit allen Mitteln fördern.

299 4.7 Investitionen fördern, Wachstum ankurbeln

300 Unser Standort verliert international an Attraktivität, weil Investitionen
 301 erschwert, Beteiligungen unattraktiv und der Kapitalmarkt unterentwickelt sind.
 302 Wer Wohlstand und Arbeitsplätze sichern will, muss Eigenkapital stärken, private
 303 Vorsorge erleichtern und Investitionen in Innovation fördern. Ziel ist es,
 304 Kapital zu mobilisieren, Finanzierungsoptionen zu erweitern und Österreich zu
 305 einem attraktiven Investitionsstandort zu entwickeln.

306 Mit dem folgenden Maßnahmenpaket wird dies möglich:

- 307 • **Steuerfreiheit für nicht entnommene Gewinne:** Die Selbstfinanzierungskraft
 308 von Unternehmen muss gestärkt werden, um Investitionen zu fördern. Denn
 309 der Zugang zu Fremdkapital ist für KMU deutlich schwieriger geworden. In
 310 Deutschland gibt es beispielsweise eine Thesaurierungsbegünstigung, auf
 311 Grund derer einbehaltene Gewinne günstiger versteuert werden als
 312 entnommene. Wir fordern daher:
 - 313 ◦ Gänzliche Steuerbefreiung von nicht entnommenen Gewinnen für
 314 Unternehmen aller Rechtsformen (Einzelunternehmen, Personen- und
 315 Kapitalgesellschaften)

- 316 ◦ Entwicklung geeigneter steuerlicher und/oder finanztechnischer
317 Instrumente für Einzelunternehmen und Personengesellschaften, um
318 dies zu ermöglichen

- 319 • **Einführung einer Superabschreibung:** Um Investitionen in Digitalisierung
320 und Klimatechnologien attraktiver zu machen, fordern wir eine
321 Superabschreibung. Die jährliche Obergrenze der degressiven Abschreibung
322 soll von derzeit 30 Prozent auf 50 Prozent erhöht werden. Unternehmen
323 sollen einen großen Teil ihrer Investitionskosten bereits in den ersten
324 Jahren steuerlich geltend machen können.

- 325 • **Abschaffung der KEST auf Kursgewinne:** Mit einer Behaltefrist von einem
326 Jahr sollen Kursgewinne von der Kapitalertragsteuer befreit werden. In der
327 Schweiz sind Kursgewinne beispielsweise steuerfrei gestellt –
328 langfristiges Sparen wird dadurch begünstigt. Damit schaffen wir Anreize
329 für private Altersvorsorge, erleichtern jungen Menschen den
330 Vermögensaufbau und stärken die Aktienkultur in Österreich.

- 331 • **Investitions-Schub im Wohnbau durch „Raussanieren“:** Eigentümer:innen von
332 Mehrfamilienhäusern im Altbau soll es möglich sein, durch
333 Sanierungsmaßnahmen nicht mehr dem Richtwertsystem zu unterliegen und
334 dadurch höhere Mieten veranschlagen zu können. Die Zielwerte für den
335 dadurch erreichten Sanierungseffekt sind so zu definieren, dass diese
336 technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll sind (z.B.
337 Energiewertreduktion um 20 %).

338 **4.8 Unternehmer:in sein erleichtern und fördern**

339 Wer in Österreich ein Unternehmen gründen oder führen möchte, stößt noch immer
340 auf unnötige Hürden, hohe Kosten und komplizierte Verfahren. Damit
341 Unternehmertum nicht ausgebremst, sondern gezielt gestärkt wird, braucht es
342 einfachere Gründungen, bessere Finanzierungsmöglichkeiten und wirksame
343 Unterstützung in Krisensituationen.

344 Mit diesen Maßnahmen erleichtern wir Unternehmertum und fördern neue Chancen:

- 345 • **Fast-Lane für Unternehmensgründungen:** Standardgründungen sollen durch ein
346 einziges Formular möglich sein - handelsrechtlich, gewerberechtlich und
347 steuerlich (Steuer- und UID-Nummer). Wir fordern einen echten „One Stop –
348 One Shop“, damit Gründer:innen alle Behördengänge zentral und digital
349 erledigen können. Länder wie Estland oder Neuseeland zeigen, dass digitale
350 Gründungen bereits innerhalb weniger Stunden möglich sind. Folgende
351 weitere Maßnahmen erleichtern die Gründung zusätzlich:

- 352 ◦ Abschaffung von Notariatsakten für Standardgründungen. Viele

353 Gründungsschritte sind heute noch an persönliche Notariatsakte
354 gebunden. Wir fordern, dass die digitale Signatur als qualifizierte
355 Schriftform für Standardgründungen rechtlich anerkannt wird, damit
356 Gründer:innen Zeit und Kosten sparen können.

357
358 ◦ „In English, please“. Unternehmensgründungen und Beteiligungen
359 sollen künftig auch vollständig auf Englisch möglich sein –
360 einschließlich der Gesellschaftsverträge und relevanter Unterlagen.
361 Die zuständigen Mitarbeitenden sind dafür entsprechend zu
362 qualifizieren. Damit wird Österreich international anschlussfähig,
363 senkt Markteintrittsbarrieren für Investoren und erleichtert die
Expansion heimischer Start-ups.

364 • **Praxisnahes Wagniskapitalgesetz schaffen:** Österreich liegt bei Venture
365 Capital deutlich hinter dem EU-Durchschnitt – nur 0,02 % des BIP gegenüber
366 0,06 % im EU-Schnitt. Wir fordern ein praxisnahes Wagniskapitalgesetz nach
367 internationalen Standards, ergänzt durch einen staatlich koordinierten
368 Dachfonds nach dänischem Vorbild („Vaekstfonden“), der privates und
369 institutionelles Kapital bündelt und gezielt in Start-ups investiert. So
370 werden zusätzliche Finanzierungsoptionen geschaffen und zugleich
371 Innovation sowie Beschäftigung gestärkt.

372 **5. Fazit: Wege zum Aufschwung: Produktivität,** 373 **Wachstum und Chancen**

374 Dieser Leitantrag ist mehr als eine Sammlung von Forderungen – er ist ein
375 konkreter Fahrplan für eine produktivere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft in
376 Österreich. Jede vorgeschlagene Maßnahme zielt darauf ab, Produktivität zu
377 steigern, Unternehmen zu entlasten und den Wirtschaftsstandort zu stärken –
378 damit Österreich wieder vorne mitspielt.

379 Wir laden die Politik ein, gemeinsam mit den Unternehmerinnen und Unternehmern
380 dieses Landes die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Investitionen,
381 Innovationen und Beschäftigung wieder wachsen können. Österreich verfügt über
382 das Potenzial, zu einem der attraktivsten Wirtschaftsstandorte Europas zu
383 werden. Jetzt ist die Zeit, die richtigen Weichen für Wachstum und
384 Wettbewerbsfähigkeit zu stellen – damit Betriebe von heute die
385 Erfolgsgeschichten von morgen schreiben können.

Begründung

Österreich steht an einem Wendepunkt: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschärft: Zwei Rezessionsjahre in Folge, steigende Lohnstückkosten, wachsende Abgaben und hohe Bürokratie belasten Unternehmen ebenso wie Arbeitskräfte. Internationale Vergleiche zeigen, dass wir

im EU-Ranking zurückfallen, während andere Länder dynamisch aufholen und ihre Wettbewerbsposition ausbauen.

Mit diesem Leitantrag zeigen wir, welche konkreten Hebel jetzt bewegt werden müssen, damit Österreich wieder zu den führenden Wirtschaftsstandorten Europas zählt. Unser Ziel ist ein starkes und produktives Österreich, das Wohlstand und Chancen für alle schafft – vom Friseursalon über die Marketingagentur bis zum Familienbetrieb und Industrieunternehmen.

PDF-Upload

Leitantrag an die UNOS-Generalversammlung am 04.10.2025 | Entwurf 19.09.2025

Inhaltsverzeichnis

<u>1</u>	<u>ÖSTERREICH AM WENDEPUNKT: HANDLUNGSBEDARF FÜR WIRTSCHAFT UND WOHLSTAND....</u>	<u>2</u>
<u>2</u>	<u>AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN: WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH</u>	<u>2</u>
<u>3</u>	<u>UNSERE VISION FÜR 2030: ÖSTERREICH WIRD TOP 10 STANDORT.....</u>	<u>3</u>
<u>4</u>	<u>WEGE ZUM WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG – UNSERE MAßNAHMEN</u>	<u>3</u>
<u>4.1</u>	<u>FAKTOR ARBEIT STEUERLICH ENTLASTEN</u>	<u>3</u>
<u>4.2</u>	<u>ARBEITSVOLUMEN UND -EFFIZIENZ IN DEN UNTERNEHMEN STEIGERN.....</u>	<u>4</u>
<u>4.3</u>	<u>ARBEITSKRAFT MOBILISIEREN UND DEN ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT FÖRDERN</u>	<u>5</u>
<u>4.4</u>	<u>ENERGIEKOSTEN SENKEN</u>	<u>6</u>
<u>4.5</u>	<u>BÜROKRATIE ABBAUEN</u>	<u>7</u>
<u>4.6</u>	<u>FREIEN HANDEL FÖRDERN – INNEN UND AUßEN</u>	<u>8</u>
<u>4.7</u>	<u>INVESTITIONEN FÖRDERN, WACHSTUM ANKURBELN.....</u>	<u>8</u>
<u>4.8</u>	<u>UNTERNEHMER:IN SEIN ERLEICHTERN UND FÖRDERN</u>	<u>9</u>
<u>5</u>	<u>FAZIT: WEGE ZUM AUFSCHWUNG: PRODUKTIVITÄT, WACHSTUM UND CHANCEN FÜR ALLE... </u>	<u>10</u>

1 Österreich am Wendepunkt: Handlungsbedarf für Wirtschaft und Wohlstand

Österreich steht an einem Wendepunkt: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschärft: Zwei Rezessionsjahre in Folge, steigende Lohnstückkosten, wachsende Abgaben und hohe Bürokratie belasten Unternehmen ebenso wie Arbeitskräfte. Internationale Vergleiche zeigen, dass wir im EU-Ranking zurückfallen, während andere Länder dynamisch aufholen und ihre Wettbewerbsposition ausbauen.

Mit diesem Leitantrag zeigen wir, welche konkreten Hebel jetzt bewegt werden müssen, damit Österreich wieder zu den führenden Wirtschaftsstandorten Europas zählt. Unser Ziel ist ein starkes und produktives Österreich, das Wohlstand und Chancen für alle schafft – vom Friseursalon über die Marketingagentur bis zum Familienbetrieb und Industrieunternehmen.

2 Aktuelle Herausforderungen: Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich

Die letzten Jahre haben die wirtschaftliche Dynamik unseres Landes gebremst. Inflation, hohe Energiepreise und eine komplexe Steuer- und Abgabenstruktur setzen Unternehmen unter Druck. Internationale Vergleichsstudien belegen: Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität und droht, den Anschluss an führende Wirtschaftsstandorte zu verpassen.

Der WIFO-Konjunkturtest zeigt ein anhaltend pessimistisches Geschäftsklima: Der Saldo aus positiven und negativen Lageeinschätzungen liegt unter der Null-Linie. Diese Unsicherheit hemmt Investitionen und Wachstum.

Im internationalen Standortvergleich setzt sich dieser Trend fort: Im IMD-Ranking fiel Österreich von Platz 19 im Jahr 2021 auf Rang 26 im Jahr 2025 zurück. Zehn andere EU-Länder und die Schweiz liegen deutlich vor uns. Schwachpunkte zeigen sich besonders in der Effizienz der Verwaltung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, also darin, wie gut Gesetze umgesetzt werden, wie produktiv Unternehmen arbeiten und wie stark das Wirtschaftswachstum ist. Die Infrastruktur schneidet mit Rang 14 dagegen vergleichsweise solide ab.

Diese Entwicklungen zeigen deutlich: Österreich ist nach wie vor lebenswert und wohlhabend, doch die strukturelle Leistungsfähigkeit des Standorts nimmt ab. Gleichzeitig bestehen große Chancen: Wir verfügen über gut ausgebildete Fachkräfte, eine solide Infrastruktur und eine lange Tradition von Innovation und Unternehmertum. Wenn wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen, können wir diese Stärken ausbauen und einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung einleiten – zum Vorteil aller, die hier arbeiten, unternehmen und leben.

3 Unsere Vision für 2030: Österreich wird Top 10 Standort

Wir wollen ein Österreich, das in Europa wieder zur wirtschaftlichen Spitze gehört – ein Land, in dem sich Unternehmertum lohnt, Investitionen attraktiv sind und Innovationen nicht ausgebremst, sondern gezielt gefördert werden. Unser Anspruch ist klar: **Österreich soll bis 2030 zu den zehn wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften Europas zählen.**

Diese Vision bedeutet konkret: Wir wollen Lohnstückkosten und Bürokratiekosten wieder auf das Niveau der EU-27 zurückführen, Energiepreise wettbewerbsfähig gestalten und die strukturelle Effizienz der Verwaltung deutlich verbessern. Gleichzeitig soll Österreich resilient, innovativ und international wettbewerbsfähig sein, damit Unternehmen stärker investieren, wachsen und Arbeitsplätze sichern können.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen schaffen klare Rahmenbedingungen, erleichtern Investitionen, stärken die Eigenkapitalbasis und erhöhen die wirtschaftliche Handlungsspielräume der Unternehmen. Der Leitantrag liefert einen klaren Fahrplan, der Politik und Wirtschaft auf einen gemeinsamen Kurs bringt, um den Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig zu stärken.

4 Wege zum wirtschaftlichen Erfolg – unsere Maßnahmen

4.1 Faktor Arbeit steuerlich entlasten

Die Steuer- und Abgabenlast auf den Faktor Arbeit ist international hoch – und in Österreich deutlich zu hoch. Die Lohnstückkosten steigen seit Jahren, während die Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig sinkt. Eine Entlastung des Faktors Arbeit ist daher dringend notwendig und eine der obersten Prioritäten für ein starkes Wirtschaftswachstum.

- **Lohnnebenkosten senken:** Die hohen Gesamtarbeits- und steigenden Lohnstückkosten zählen zu den größten Belastungen österreichischer Unternehmen. Hauptursache dafür sind die von den Betrieben zu tragenden Lohnnebenkosten. Im Vergleich von 22 EU- und OECD-Ländern lagen diese 2024 durchschnittlich bei 17,2 % der Gesamtarbeitskosten für eine:n Erwerbstätige:n, in Österreich jedoch 21,6 %. Während die Nettolohnquote in der Vergleichsgruppe 57,9 % betrug, lag sie hierzulande nur bei 53,0 %. Der Unterschied erklärt sich fast ausschließlich durch die hohen Lohnnebenkosten. Wir fordern daher:
 - Umgehende und ersatzlose Streichung des Dienstgeberbeitrags (DB) zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) in Höhe von 3,7 %
 - Abschaffung der Kommunalsteuer in Höhe von 3 % innerhalb der nächsten 3 Jahre
 - Komplette Abschaffung der Kammerumlage 2 („DZ“) in der Höhe von rund 0,31 bis 0,40 % (länderweise unterschiedlich)
- **Keine Lohnnebenkosten für geschäftsführende Gesellschafter:** Derzeit werden für die Bezüge von wesentlich beteiligten Gesellschaftern (in der Regel ab 50 % Beteiligung) Lohnnebenkosten fällig, obwohl es sich um eine selbständige Tätigkeit handelt. Das

ist widersprüchlich und belastet Betroffene mit rund 7 % ihres Bruttoeinkommens. Wir fordern daher die sofortige und ersatzlose Streichung dieser Regelung.

- **Zuschläge für Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit vollständig steuer- und abgabenfrei stellen:** Aktuell gelten für diese Zuschläge komplizierte Freibetrags- und Kontingentregelungen, die Unternehmen unnötig belasten. Wir fordern deren vollständige Steuer- und Abgabefreiheit, um Leistung fair zu belohnen, Bürokratie abzubauen und Betriebe von administrativer Komplexität zu entlasten. Die künftige Regelung soll klar und einheitlich ausgestaltet sein:
 - Keine Lohnsteuer auf alle genannten Zuschläge
 - Kein Sozialversicherungsbeitrag auf Dienstnehmerseite
 - Kein Sozialversicherungsbeitrag auf Dienstgeberseite sowie keinerlei sonstige Lohnnebenkosten (DB, DZ, Kommunalsteuer)
 - Diese Steuer- und Abgabebefreiung soll unabhängig davon gelten, ob die Überstunden in Freizeit oder in Geld abgegolten werden.
- **Dauerhafte Mitarbeitendenprämie von EUR 3.000:** Die aktuell befristete Regelung über eine steuerfreie Mitarbeitendenprämie ist auszuweiten. Wir fordern eine dauerhafte, steuer- und abgabenfreie Prämie pro Mitarbeitenden in der Höhe von EUR 3.000, analog zu der vorübergehend eingeführten Teuerungsprämie 2022 und 2023. Das schafft Planungssicherheit für Unternehmen und ist ein wirksames Instrument, um Leistung zu honorieren und Fachkräfte zu binden.
- **Flat-Tax für Arbeit in der Pension:** Unternehmer:innen, die auch nach Antritt ihrer Pension weiter gewerblich tätig sind, leisten einen wertvollen Beitrag für Wirtschaft und Beschäftigung. Ihr Erwerbseinkommen soll daher – analog zur geplanten Regelung für Arbeitnehmer:innen im Regierungsprogramm - mit 25 % endbesteuert werden. Damit wird Weiterarbeiten nach der Pension attraktiver.
- **One-Stop-Payment für lohnbezogene Abgaben:** Derzeit müssen Unternehmen für lohnbezogene Abgaben bis zu sechs Überweisungen leisten – ein unnötiger bürokratischer Aufwand, der Zeit und Ressourcen bindet. Wir fordern ein zentrales Abgabenkonto, auf dem alle Steuern und Abgaben zusammengeführt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Unternehmen die Buchhaltung für die staatliche Verwaltung übernehmen müssen.

4.2 Arbeitsvolumen und -effizienz in den Unternehmen steigern

Um Österreich als starken Wirtschaftsstandort zu sichern und weiter auszubauen, müssen wir die Produktivität und das Arbeitsvolumen nachhaltig steigern. Unser Ziel ist es, die Beschäftigung zu erhöhen und das jährliche Arbeitsvolumen je Beschäftigtem von derzeit 1.432 Stunden auf das Schweizer Niveau von 1.532 Stunden anzuheben. Nur so können wir international wettbewerbsfähig bleiben und Wachstumspotenziale ausschöpfen.

- **Feiertage reduzieren:** Mit derzeit 13 gesetzlichen, bundesweiten Feiertagen liegt Österreich nach Malta (14) an der EU-Spitze. Dänemark und die Niederlande zum Beispiel kommen mit 9 Feiertagen aus. Das bedeutet für heimische Betriebe jährlich

erhebliche Produktivitätsverluste. Wir fordern daher:

- Reduzierung der Zahl der gesetzlichen Feiertage auf den EU-Durchschnitt
 - Abschaffung zusätzlicher Landesfeiertage, die nur bestimmten Berufsgruppen wie Landesbediensteten dienstfrei gewährt werden, wie der Leopoldi-Tag in Niederösterreich (15.11.) oder der Josefi-Tag (19.03.) in mehreren Bundesländern.
- **Entgelt im Krankenstand fair gestalten:** In Österreich trägt der Arbeitgeber ab dem ersten Krankenstandstag zunächst die vollen Kosten eines Krankenstandes. Das belastet insbesondere klein- und mittelständische Betriebe. Wir fordern daher:
- Einführung eines „Karenztages“: Am ersten Tag eines Krankenstandes erfolgt keine Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber, alternativ übernimmt die Krankenversicherung. Vergleichbare Modelle mit bis zu drei Karenztagen („waiting days“) gibt es in der Schweiz und in den Niederlanden.
 - Antragslose Refundierung ab dem 11. Krankenstandstag: Für Unternehmen bis 50 Mitarbeitende sollen die vollen Personalkosten durch die Krankenkasse innerhalb von 4 Wochen rückerstattet werden.

4.3 Arbeitskraft mobilisieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt fördern

Der Arbeitskräftemangel zählt zu den größten Wachstumsbremsen Österreichs. Laut einer Befragung von über 5.000 Unternehmen im Auftrag der Wirtschaftskammer sind 82 % direkt davon betroffen. Damit gehen erhebliche Wertschöpfungs- und Wachstumspotenziale verloren. Ziel ist es, mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, vorhandene Potenziale zu mobilisieren und Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt abzubauen.

- **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr:** Österreich liegt bei der Kinderbetreuung deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Während EU-weit 37,5 % aller Kinder unter 3 Jahren eine formale Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, sind es hierzulande nur 24,1 %. Beim EU-Spitzenreiter Niederlande sind 73,3 % (alle Werte 2023). Wir fordern daher den sofortigen, flächendeckenden und qualitätsvollen Ausbau der Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr, der durch einen Rechtsanspruch abgesichert wird.
- **Volle steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und Kosten der Haushaltsführung:** Kinderbetreuungskosten sowie Kosten für Unterstützung im Haushalt sollen voll steuerlich absetzbar sein. Das erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer und bringt einen positiven Nebeneffekt: Viele bisher inoffiziell Beschäftigte würden in reguläre Beschäftigungsverhältnisse übergeführt werden. Diese Maßnahme hätte somit einen hohen Selbstfinanzierungsgrad.
- **Arbeitslosenversicherung mit stärkerem Mobilisierungsanreiz:**
 - Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes statt des bisherigen Pauschalmodells (rund 55% des letzten Nettobezugs über die gesamte Dauer

- der Arbeitslosigkeit). Beispiel in Belgien: In den ersten 3 Monaten liegt dieses bei 65 %, danach sinkt es in mehreren Stufen bis auf 40 %.
- Förderung regionaler Mobilität: Offene Stellen sind ungleich verteilt (z.B. Oberösterreich: 2,6%, Wien 1,7%). Wir fordern einen AMS-Mobilitätsbonus für Menschen, die einen Job annehmen, der 200 km oder mehr von ihrem Hauptwohnsitz entfernt ist. Weiters fordern wir die verstärkte steuerliche Begünstigung von Dienstwohnungen.
- **Rot-Weiß-Rot-Karte ausbauen und Verfahren beschleunigen:** Die RWR-Karte hat viel Erfolgspotenzial, um einen Beitrag zur Behebung des Arbeitskräftemangels in Österreich zu leisten. Die Beschäftigungsmöglichkeiten sind weiter auszubauen, Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen:
 - Die RWR-Karte soll auch für Unternehmen anwendbar sein, die Arbeitskräfte aus Drittstaaten anderen Unternehmen überlassen.
 - Öffnung für volljährige Lehrlinge.
 - Genehmigte Anträge sollten auch auf andere Personen mit gleicher Qualifikation übertragen werden können.
 - Der Sprachnachweis ist abzuschaffen (wie z.B. in Dänemark).
 - Übernahme der deutschen Westbalkanregelung für vereinfachte Beschäftigung von Menschen aus Albanien, Bosnien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien.
 - Abwicklung des gesamten Verfahrens über ein E-AMS-Konto
- **Senioritätsprinzip in Kollektivverträgen reformieren:** In vielen Kollektivverträgen steigen die Mindesteinkommen stark mit dem Dienstalter. Beispiel Handelskollektivvertrag: In einer mittleren Qualifikationsstufe (E) beträgt das monatliche Mindest-Bruttogehalt für Berufseinsteiger:innen EUR 2.471, ab dem 13. Berufsjahr liegt es bei EUR 3.351,00, also um 36 % höher. Diese verpflichtende, einzelvertraglich nicht zu ändernde Bestimmung belastet Unternehmen und erschwert die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmer:innen.

Lösung: Altersbedingte Steigerungen reduzieren und die Gehaltskurven abflachen.

4.4 Energiekosten senken

Steigende Energiekosten zählen zu den größten Kostentreibern österreichischer Betriebe, treiben die Inflation an und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Um dem Kostendruck effektiv zu begegnen und ein stabiles marktwirtschaftliches Umfeld zu schaffen, braucht es strukturelle Reformen:

- **Privatisierung von Energieversorgungsunternehmen (EVUs) und Nutzung der Erlöse für den Netzausbau:** Der Ausbau der Energie- und insbesondere der Stromnetze ist essenziell für die Energiewende und die Wettbewerbsfähigkeit. Anstatt Kunden zu belasten oder Sondersteuern einzuführen, sollten EVUs zumindest teilweise privatisiert und der Erlös für den Netzausbau genutzt werden. Gleichzeitig braucht es mehr Wettbewerb: Neben Privatisierungen ist auch die Auflösung wechselseitiger Beteiligungen erforderlich, um Marktöffnung, Investitionen und Innovation zu fördern. Dies wurde auch in einer Analyse der Bundeswettbewerbsbehörde festgestellt.

Beispiele wie das Vereinigte Königreich zeigen, dass Privatisierungen den Markt geöffnet und Investitionen in die Infrastruktur erleichtert haben.

4.5 Bürokratie abbauen

Überbordende Bürokratie ist zu einem der größten Standortnachteile Österreichs geworden. Lange Verfahren, doppelte Berichtspflichten und uneinheitliche Verwaltungspraxis rauben Unternehmen wertvolle Zeit und hemmen ihre Innovationskraft. Besonders betroffen sind Klein- und Mittelbetriebe: Laut einer Studie der WKÖ verlieren sie wöchentlich durchschnittlich 19,3 Stunden – fast 2,5 Arbeitstage – durch bürokratischen Aufwand. Ziel ist es, mit folgenden Maßnahmen die Betriebe spürbar zu entlasten:

- **Betriebsanlagenrecht flexibilisieren und beschleunigen:** Eine deutliche Ausweitung der Genehmigungsfreistellungsverordnung, um Verfahren zu beschleunigen und Betriebsanlagengenehmigungen zu vereinfachen. Zum Beispiel könnten Fitness-Center in den Freistellungs-Katalog aufgenommen werden.
- **Bestandsschutz bei bestehenden Anlagen stärken:** Der derzeitige Vorrang von Anrainerrechten führt dazu, dass Betriebe nachträglich teure Umbauten durchführen müssen – auch wenn die Anlage davor jahrelang unbeanstandet bestand. Zwar gibt es für zugezogene Nachbarn mit § 79 Abs 2 GewO eine eigene Regelung mit erhöhten Hemmschwellen (Gefährdung von Leben und Gesundheit oder beträchtliche Belastung). Doch diese Regelung ist zu unbestimmt und wird von Behörden oft zu extensiv ausgelegt. Wir fordern daher die Evaluierung dieses Tatbestandes und gegebenenfalls eine Neuregelung, die den Bestandsschutz bestehender Anlagen eindeutig sicherstellt
- **Doppelte Berichtspflichten reduzieren:** Viele Betriebe müssen trotz vorhandener digitaler Systeme weiterhin analoge Aufzeichnungen führen – von Wasserwertmessungen im Hallenbad bis zu händischen Gästemeldungen. Wir fordern die vollständige Anerkennung digitaler Dokumentationen, den Abbau überholter Berichtspflichten und rufen die Bundesregierung auf, sich dafür auch auf europäischer Ebene einzusetzen.

Weiters fordern wir die Verwirklichung des „Once-Only-Prinzips“, so dass Meldungen an öffentliche Stellen nur einmal vorgenommen werden müssen und eine Weiterleitung der betroffenen Informationen innerhalb der öffentlichen Verwaltung erfolgt.

- **Einheitliche Vollziehung von Bundesrecht sicherstellen:** Die Vollziehung von Bundesgesetzen erfolgt vielfach in mittelbarer Bundesverwaltung durch Landesbehörden. Dabei kommt es z. B. im Gewerberecht, beim Berufszugang oder im Betriebsanlagenrecht zu erheblichen Unterschieden in der Verwaltungspraxis. Der Bund kommt seiner Koordinierungsaufgabe bislang nicht ausreichend nach, wie auch der Rechnungshof bereits kritisiert hat. Wir fordern eine einheitliche Vollziehung durch klarstellende Richtlinien und Erlässe, aber auch eine zentrale Datenerhebung und Auswertung auf Bundesebene.

4.6 Freien Handel fördern – innen und außen

Überregulierung im Inland und Zurückhaltung bei internationalen Abkommen schwächen unseren Wirtschaftsstandort. Während Nachbarländer mit liberaleren Ladenöffnungszeiten und einer größeren Offenheit im Außenhandel zusätzliche Marktchancen nutzen, verliert Österreich Kaufkraft und Wettbewerbsfähigkeit. Um Betrieben mehr Freiheit zu geben und gleichzeitig neue Wachstumsimpulse zu setzen, braucht es entschlossene Schritte.

Mit den folgenden Maßnahmen kann dies erreicht werden:

- **Freigabe der Ladenöffnungszeiten:** Aktuell gibt es ein kompliziertes Regelungsgeflecht mit einem bundesweiten Öffnungszeitengesetz und zusätzlichen Öffnungszeitenverordnungen je Bundesland, die zum Beispiel lange Gemeindelisten mit unterschiedlichen Detailregeln vorsehen. Warum so kompliziert? In Ländern wie Tschechien, Ungarn, Polen, Schweden und Finnland gibt es keine vergleichbaren gesetzlichen Regelungen. Wir fordern daher die ersatzlose Streichung aller Öffnungszeiten-Regeln. Jede:r Unternehmer:in soll selbst entscheiden, wann und wie lange er/sie aufsperrt. Dies bringt folgende Vorteile mit sich:
 - Mehrgeschäft mit Tourist:innen, insbesondere an Sonntagen
 - Vermeidung von Kaufkraftabfluss, vor allem in Grenzgebieten (Tschechien, Ungarn)
 - Rückgewinnung von Marktanteilen von globalen Online-Plattformen
- **Klares Bekenntnis für den internationalen Freihandel:** In der jüngeren Vergangenheit zählte Österreich bei neuen Freihandelsabkommen eher zu den Bremsern in der EU. Andere Länder wie Deutschland oder Spanien sind hier deutlich aufgeschlossener. Gerade in der aktuellen Lage braucht es neue Impulse, um nach innen Optimismus und nach außen Stärke zu signalisieren. Wir fordern daher, dass sich die österreichische Bundesregierung, die Sozialpartner und alle anderen relevanten politischen Kräfte klar positiv zum EU-Mercosur-Abkommen sowie zu weiteren möglichen Abkommen mit z. B. Mexiko, Indien oder Indonesien positionieren und den Abschluss bzw. die Verhandlung dieser Abkommen mit allen Mitteln fördern.

4.7 Investitionen fördern, Wachstum ankurbeln

Unser Standort verliert international an Attraktivität, weil Investitionen erschwert, Beteiligungen unattraktiv und der Kapitalmarkt unterentwickelt sind. Wer Wohlstand und Arbeitsplätze sichern will, muss Eigenkapital stärken, private Vorsorge erleichtern und Investitionen in Innovation fördern. Ziel ist es, Kapital zu mobilisieren, Finanzierungsoptionen zu erweitern und Österreich zu einem attraktiven Investitionsstandort zu entwickeln.

Mit dem folgenden Maßnahmenpaket wird dies möglich:

- **Steuerfreiheit für nicht entnommene Gewinne:** Die Selbstfinanzierungskraft von Unternehmen muss gestärkt werden, um Investitionen zu fördern. Denn der Zugang zu Fremdkapital ist für KMU deutlich schwieriger geworden. In Deutschland gibt es

beispielsweise eine Thesaurierungsbegünstigung, auf Grund derer einbehaltene Gewinne günstiger versteuert werden als entnommene. Wir fordern daher:

- Gänzliche Steuerbefreiung von nicht entnommenen Gewinnen für Unternehmen aller Rechtsformen (Einzelunternehmen, Personen- und Kapitalgesellschaften)
 - Entwicklung geeigneter steuerlicher und/oder finanztechnischer Instrumente für Einzelunternehmen und Personengesellschaften, um dies zu ermöglichen
- **Einführung einer Superabschreibung:** Um Investitionen in Digitalisierung und Klimatechnologien attraktiver zu machen, fordern wir eine Superabschreibung. Die jährliche Obergrenze der degressiven Abschreibung soll von derzeit 30 Prozent auf 50 Prozent erhöht werden. Unternehmen sollen einen großen Teil ihrer Investitionskosten bereits in den ersten Jahren steuerlich geltend machen können.
 - **Abschaffung der KEST auf Kursgewinne:** Mit einer Behaltefrist von einem Jahr sollen Kursgewinne von der Kapitalertragsteuer befreit werden. In der Schweiz sind Kursgewinne beispielsweise steuerfrei gestellt – langfristiges Sparen wird dadurch begünstigt. Damit schaffen wir Anreize für private Altersvorsorge, erleichtern jungen Menschen den Vermögensaufbau und stärken die Aktienkultur in Österreich.
 - **Investitions-Schub im Wohnbau durch „Raussanieren“:** Eigentümer:innen von Mehrfamilienhäusern im Altbau soll es möglich sein, durch Sanierungsmaßnahmen nicht mehr dem Richtwertsystem zu unterliegen und dadurch höhere Mieten veranschlagen zu können. Die Zielwerte für den dadurch erreichten Sanierungseffekt sind so zu definieren, dass diese technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll sind (z.B. Energiewertreduktion um 20 %).

4.8 Unternehmer:in sein erleichtern und fördern

Wer in Österreich ein Unternehmen gründen oder führen möchte, stößt noch immer auf unnötige Hürden, hohe Kosten und komplizierte Verfahren. Damit Unternehmertum nicht ausgebremst, sondern gezielt gestärkt wird, braucht es einfachere Gründungen, bessere Finanzierungsmöglichkeiten und wirksame Unterstützung in Krisensituationen.

Mit diesen Maßnahmen erleichtern wir Unternehmertum und fördern neue Chancen:

- **Fast-Lane für Unternehmensgründungen:** Standardgründungen sollen durch ein einziges Formular möglich sein - handelsrechtlich, gewerberechtlich und steuerlich (Steuer- und UID-Nummer). Wir fordern einen echten „One Stop – One Shop“, damit Gründer:innen alle Behördengänge zentral und digital erledigen können. Länder wie Estland oder Neuseeland zeigen, dass digitale Gründungen bereits innerhalb weniger Stunden möglich sind. Folgende weitere Maßnahmen erleichtern die Gründung zusätzlich:
 - **Abschaffung von Notariatsakten für Standardgründungen.** Viele Gründungsschritte sind heute noch an persönliche Notariatsakte gebunden. Wir fordern, dass die digitale Signatur als qualifizierte Schriftform für Standardgründungen rechtlich anerkannt wird, damit Gründer:innen Zeit und Kosten sparen können.

- „In English, please“. Unternehmensgründungen und Beteiligungen sollen künftig auch vollständig auf Englisch möglich sein – einschließlich der Gesellschaftsverträge und relevanter Unterlagen. Die zuständigen Mitarbeitenden sind dafür entsprechend zu qualifizieren. Damit wird Österreich international anschlussfähig, senkt Markteintrittsbarrieren für Investoren und erleichtert die Expansion heimischer Start-ups.
- **Praxisnahes Wagniskapitalgesetz schaffen:** Österreich liegt bei Venture Capital deutlich hinter dem EU-Durchschnitt – nur 0,02 % des BIP gegenüber 0,06 % im EU-Schnitt. Wir fordern ein praxisnahes Wagniskapitalgesetz nach internationalen Standards, ergänzt durch einen staatlich koordinierten Dachfonds nach dänischem Vorbild („Vaekstfonden“), der privates und institutionelles Kapital bündelt und gezielt in Start-ups investiert. So werden zusätzliche Finanzierungsoptionen geschaffen und zugleich Innovation sowie Beschäftigung gestärkt.

5 Fazit: Wege zum Aufschwung: Produktivität, Wachstum und Chancen

Dieser Leitantrag ist mehr als eine Sammlung von Forderungen – er ist ein konkreter Fahrplan für eine produktivere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft in Österreich. Jede vorgeschlagene Maßnahme zielt darauf ab, **Produktivität zu steigern, Unternehmen zu entlasten und den Wirtschaftsstandort zu stärken** – damit Österreich wieder vorne mitspielt.

Wir laden die Politik ein, gemeinsam mit den Unternehmerinnen und Unternehmern dieses Landes die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Investitionen, Innovationen und Beschäftigung wieder wachsen können. Österreich verfügt über das Potenzial, zu einem der attraktivsten Wirtschaftsstandorte Europas zu werden. Jetzt ist die Zeit, die richtigen Weichen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu stellen – damit Betriebe von heute die Erfolgsgeschichten von morgen schreiben können.